Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 3

Artikel: Erneuerung der Weltanschauung oder Erneuerung der Wirtschaftsordnung?

Autor: Lang, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332080

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Es hält für eine auf ihr Selbstbestimmungsrecht stolze Partei außerordentlich schwer, sich einzugestehen, daß sich in der Welt etwas grundsätzlich geändert hat und daß sie selbst sich kühn auf die neuen Kampfverhältnisse einstellen müsse. Es ist gefährlich, einer solchen Partei sagen zu müssen, daß die Voraussetzungen für einen sofortigen und raschen Sieg sich nicht verwirklicht haben, sondern daß man unverdrossen neu beginnen müsse. Und doch bleibt uns nichts anderes übrig. Unsere Wünsche entscheiden nicht über die historische Situation, in der wir uns befinden; aber unsere Erkenntnis hat sich offen und mutig mit dieser Situation zu befassen. Aussprechen, was ist, bleibt die Voraussetzung jeglicher Politik, vor allem jeglicher revolutionären Politik; hysterische Entrüstung darüber deckt nur die eigene Schwäche und Unsicherheit, schafft keine radikalen Entscheidungen. Es gehört zu den Kinderkrankheiten jeglichen Radikalismus, sich über den eigenen Zustand hinwegzutäuschen. Das geschieht gerade dann am liebsten und häufigsten, wenn die moralische Entrüstung über die Tatsache hinweghelfen soll, daß der Sozialismus bis heute nicht gesiegt hat. Wer seiner Sache sicher ist, lacht darüber und packt unverdrossen an.

Die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trägt auch Schuld daran, daß wir in der Wehrfrage äußerst schwer haben, zu eigenen Lösungen zu kommen. Man ist entweder Antimilitarist — oder man ist Mann des Generalstabes. Man frißt dem Generalstab aus der Hand, wenn man sich für die Landesverteidigung einsetzt; man läßt sich fangen durch die Parole: Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen. Aber der Generalstab und wir wollen gar nicht dasselbe. Wir wollen Verteidigung der Demokratie, er will das Gegenteil. Darum brauchen unsere Mittel nicht die seinen zu sein. Wir müssen den Mut haben, wie Jaurès es vor bald 30 Jahren hatte, ein eigenes Wehrsystem auszuarbeiten und uns danach einzustellen. Wir wollen die andern gesellschaftlichen Grundlagen der Armee — und darum wollen wir auch andere Kräfte, die in ihr wirken. Wir wollen jenes Verteidigungssystem, das die Jakobiner geschaffen haben: eine neue Armee, die den neuen Staat verteidigt. Beides müssen wir gemeinsam erobern.

Erneuerung der Weltanschauung oder Erneuerung der Wirtschaftsordnung?

Von Otto Lang.

Verbirgt sich hinter der Erneuerungsbewegung nicht lediglich der Wunsch, es möge alles beim alten bleiben, so kann Gegenstand der Erneuerung nur die Wirtschaftsordnung sein. Gewiß ist es nicht bedeutungslos, ob die Revision zu einer Stärkung oder einer Schwächung der Bundesgewalt führt, ob der Proporz beseitigt, ob die Sozialversicherung erweitert oder abgebaut wird, ob die berufsständische Ordnung in der Verfassung Anerkennung findet. Aber

gemessen an dem Uebel, an dem die Gesellschaft heute krankt, schrumpfen diese Dinge zu geringfügigen Angelegenheiten zusammen. Etwas grundsätzlich Neues tritt damit nicht in die Welt. Ja, man kann sagen, alle diese Reformen zielen darauf ab, den Bestand der heutigen Wirtschaftsordnung durch die Milderung dieser und jener Härten zu sichern.

Der Weg zur Erneuerung des Menschen nimmt seinen Anfang bei der Erneuerung der Wirtschaft. »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« Nicht das ist die Frage, zu welcher Weltanschauung der Staat sich bekennen soll, sondern zu welchem Wirtschaftssystem.

In diesem Sinne äußert sich auch der Berner Staatsrechtslehrer Walther Burckhardt in einem »Die Totalrevision der Bundesverfassung« überschriebenen Aufsatz: Die Ordnung der Wirtschaft stehe heute im Vordergrund, weil die Umbildung der gegenwärtigen Ordnung sich uns gewaltsam aufdränge. Der Wirtschaft eine neue Form zu geben, das sei die uns gestellte Aufgabe. Da wir uns aber, so meint Burckhardt, über die Grundsätze einer neuen Ordnung noch keineswegs im klaren seien, sei der Zeitpunkt für eine Totalrevision noch nicht gekommen.

Dieser Meinung müßte man sich ohne weiteres anschließen, wenn der Verfassung die Aufgabe zukäme, die Grundzüge der neuen Wirtschaft im einzelnen festzulegen. Das kann die Verfassungsrevision in der Tat nicht leisten. Was sie aber leisten kann, ist das: sie kann die Richtung angeben, in welche wir die Entwicklung lenken wollen, und durch positive Einrichtungen und Maßnahmen diese Entwicklung fördern und den Weg markieren, auf dem wir vorwärtskommen wollen. Und zu diesem Beginnen reicht unsere praktische Erfahrung und unsere Einsicht in den Gang der ökonomischen Entwicklung aus.

Die Anhänger des »wirtschaftlichen Liberalismus« gehen von dem Satze aus: eine erfolgreiche, ihren Zweck erfüllende wirtschaftliche Tätigkeit sei nur möglich, wenn und solange die Produktionsmittel Gegenstand des Privateigentums sind und die Leitung der Wirtschaft, also der Entscheid darüber, was, wie und zu welchem Zwecke produziert werden soll, dem Unternehmer als dem Eigentümer der Produktionsmittel zusteht. Diese Auffassung übersieht, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Privatwirtschaft sich ganz verschieden auswirken, je nach dem Stande der Technik.

Bis vor 100 Jahren herrschte bei uns die handwerksmäßige Produktion vor. Die Produktionsmittel bestanden im einfachen Handwerkszeug und als Produktivkraft kam fast ausschließlich die menschliche und die tierische Arbeitskraft in Betracht. Die Eigentümer dieser Produktionsmittel, Handwerker und Bauern, handhabten sie selbst. Das Eigentum am Arbeitsprodukt gründete sich auf die eigene und nicht auf fremde Arbeit. Und der Zweck des handwerksmäßigen Betriebes bestand darin, den Bedarf eines größeren oder kleineren Kundenkreises zu decken und damit so viel zu verdienen,

als zum Unterhalt des Handwerkers und seiner Familie nötig war. Blieb er ohne Arbeit und ohne Verdienst, so hatte darunter außer ihm und seiner Familie niemand zu leiden. Und weil der gewerbliche Betrieb sich nach dem innerhalb gewisser Grenzen konstanten Bedarf der Kunden richtete und die Zunftordnung den Handwerker vor der Konkurrenz schützte, blieb er von Krisen und Absatzstockungen verschont.

In einer solchen Zeit konnte die Frage der Kommunalisierung oder der Verstaatlichung der Betriebe oder Produktionsmittel gar nicht auftauchen. Es war das Natürliche und Selbstverständliche, daß das Handwerkszeug demjenigen gehörte, der damit auf seine eigene Rechnung arbeitete und sich damit seinen Unterhalt verdiente. Die Wirtschaftsform stand im Einklang mit dem Stande der Technik.

Um die Wende des letzten Jahrhunderts setzte dann die technische Entwicklung ein, die zur Erfindung und Anwendung neuer Produktionsmittel und neuer Verfahren und zur Erschließung neuer Kraftquellen führte, die zum Antrieb der gewaltigen Arbeitsmaschinen erforderlich sind. Diese Entwicklung endete mit dem Siege des maschinellen Großbetriebes, der sich auf Kosten des Handwerkes immer neue Gebiete eroberte.

Was sich gegenüber der früheren handwerksmäßigen Wirtschaft im Laufe der letzten hundert Jahre geändert hat, ist im wesentlichen das: 1. zur Einrichtung und zum Betrieb eines den technischen Anforderungen genügenden und konkurrenzfähigen Unternehmens sind Geldmittel erforderlich, über die verhältnismäßig nur wenige verfügen. Der Besitz der Produktionsmittel ist zum Privileg eines kleinen Teiles der Volksgenossen geworden. Der größere Teil der Werktätigen ist von diesem Besitze ausgeschlossen; sie können ihren Unterhalt nur auf die Art verdienen, daß sie als lebenslängliche Lohnarbeiter oder Angestellte im Dienste eines Unternehmers arbeiten. Finden sie keine Arbeitsgelegenheit, so sind sie von allen Lebensquellen abgeschnitten. Das Schicksal der vielen Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten und ihrer Angehörigen ist gebunden an das Schicksal der privaten Unternehmungen, auf deren Führung aber weder ihnen noch dem Staate irgendein Einfluß zusteht. 2. Der Zweck der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht mehr, wie beim Handwerk, die Deckung des Bedarfs eines bestimmten Kundenkreises, sondern die Erzielung von Gewinn. Die Lage und der Beschäftigungsgrad der kapitalistischen Unternehmung hängt nicht davon ab, ob Bedarf an ihren Erzeugnissen vorhanden ist, sondern davon, ob der Unternehmer sie mit Profit verkaufen kann. Hat er dazu keine Möglichkeit, so ist er zur Einschränkung oder Stillegung seines Betriebes gezwungen, und zwar auch dann, wenn im übrigen alle Voraussetzungen für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Tätigkeit vorhanden sind: es fehlt nicht an Rohstoffen, es fehlt nicht an Arbeitsmaschinen, es fehlt nicht an Menschen, die tausenderlei Dinge benötigen. Aber es fehlt an dem, was die kapitalistische Wirtschaft allein in Gang halten kann: an der Verkaufsmög-

lichkeit. Der Unternehmer ist nicht imstande, die industriellen Erzeugnisse — kondensierte Milch, Schokolade, Uhren, Seidenbänder, Stikkereien, Turbinen — mit Gewinn zu verkaufen.

Deshalb wird für unser Geschlecht die Frage, die in der Zeit der handwerksmäßigen Produktion jedes Sinnes entbehrte, immer brennender, ja sie wird zur Schicksalsfrage für das ganze Volk: Verträgt sich in der Zeit des maschinellen Großbetriebes das Eigentum an den Produktionsmitteln und die Privatwirtschaft, das heißt die Leitung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch voneinander unabhängige, sich konkurrenzierende und nur auf ihren Profit bedachte Unternehmer, — verträgt sich das noch mit dem Interesse der Gesellschaft? Beschränkten sich die Wirkungen der geschäftlichen Unfähigkeit, einer verfehlten Spekulation, der Konkurrenz, der Absatzstockung auf den Unternehmer, so wäre das eine private Angelegenheit, unter der Staat und Gesellschaft nicht zu leiden hätten. Aber von der Krise wird nicht nur er, und er vielleicht am allerwenigsten, betroffen: betroffen werden die Arbeiter und Angestellten. Und wenn — wie das heute der Fall ist — nicht nur einzelne Unternehmungen, sondern ganze Industrien veröden, so weitet sich die Krise aus zum Landesunglück. Nicht nur die Arbeiter und Angestellten und ihre Angehörigen sind in ihrer Existenz bedroht, sondern infolge der sinkenden Kaufkraft dieser Kreise auch die Produzenten und Verkäufer der Bedarfsartikel und Lebensmittel, nicht zuletzt die Bauern. So sind in der kapitalistischen Wirtschaft Volk und Kapital auf Verderb und Gedeih, und viel mehr auf Verderb als auf Gedeih, miteinander verbunden. Kapitalismus aber heißt: die großen Banken und die großen kapitalistischen Unternehmungen. Bestimmend für das dem werktätigen Volke beschiedene Maß von Glück und Not, von Behagen und Unrast, von Verdienst und Schuld ist nicht das Staatsschutzgesetz und nicht das Schulgebet, aber auch nicht der Sinn für Sparsamkeit und der Arbeitswille. Bestimmend sind die Entschließungen der kapitalistischen Unternehmer und der Vertreter des Finanzkapitals, die selber wieder an die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft gebunden sind.

Für den, der sehen und verstehen will, liegt eines klar zutage: was not tut, ist nicht eine Steigerung der Produktion, ist nicht eine Vermehrung der Betriebskräfte, ist nicht die Weckung neuer Bedürfnisse, ist nicht eine Hilfsaktion des Bundes. Und auch die berufsständische Ordnung wird uns nicht über den toten Punkt hinweghelfen, weil sie die Wirtschaftsordnung unangetastet läßt. Die Rettung kann nur darin liegen, daß wir lernen, die entfesselten Produktivkräfte, die jetzt blind gegen den Menschen, ihren Schöpfer, wüten, zu beherrschen und in den Dienst einer von den privaten Interessen abgelösten Gemeinwirtschaft zu stellen, deren Zweck nicht mehr in der Erzielung von Profit, sondern darin besteht, die Gesellschaft mit all dem, was sie zum Leben und Sterben benötigt, zu versehen.

Eine solche Wirtschaft ist nicht denkbar, solange die Produktionsmittel sich im Privateigentum befinden und deren Eigentümer

die Wirtschaft leiten. Man kann sich aber vorstellen, daß der Staat sich durch die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens und andere Maßnahmen ein Mitspracherecht in der Leitung der Betriebe sichert. Der Wert dieser Maßnahmen liegt darin, daß sie dazu dienen, die kapitalistische Privatwirtschaft allmählich in eine sozialistisch-genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft überzuführen.

Eine Entwicklung in dieser Richtung will die Kriseninitiative des Gewerkschaftsbundes herbeiführen. Gelänge es, die Grundgedanken der Initiative der Verfassung einzuverleiben, so hätte die Totalrevision ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. Gelingt es nicht, so muß man über die ganze Revisionsbewegung, was immer sie im übrigen bringen mag, die Worte setzen: »Ein großer Aufwand schmählich ist vertan.« Wenn das Wort Goethes, daß der Menschheit nur mit dem Außerordentlichen gedient ist, je Geltung hatte, so in unserer Zeit.

Wer aber schafft das Außerordentliche? Welchen lebendigen Kräften wird es gelingen, den Widerstand zu brechen, auf welchen die »wirtschaftliche Erneuerung« stoßen wird?

Manche glauben oder geben sich wenigstens den Anschein, es zu glauben, daß der Appell an die vaterländische Gesinnung und an das soziale Gewissen und fromme Ermahnungen wie »Gemeinnutz vor Eigennutz« uns über den toten Punkt hinweghelfen. Mit diesem Dilettantismus sich auseinanderzusetzen, hat wenig Sinn. Dem Gegner sei aber doch folgendes zu bedenken gegeben: Die alltägliche Erfahrung lehrt uns, daß derartige Ermahnungen weder das praktische Verhalten der Menschen im geschäftlichen Verkehr zu bestimmen und noch viel weniger den Gang der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beeinflussen vermögen. Wer in diesem Punkte anders denkt, verkennt folgende Tatsache: Der Mensch bildet sich seine Vorstellungen und Ueberzeugungen von dem, was dem Staate nützlich und was ihm schädlich ist, was der Gesellschaft frommt und was sie gefährdet, was als recht und billig zu gelten hat und was der Billigkeit widerstreitet, und vor allem, was der menschlichen Natur entspricht und was ihr unerträglich ist, nicht als isoliertes Einzelwesen, das aus reiner Erkenntnis schöpft und völlig uninteressiert und unbefangen an diese Probleme herantritt. *Dieses autonome Einzelwesen gibt es nicht. Wir kennen nur den »vergesellschafteten Menschen«. Das will sagen: wir gehören von Geburt an und ohne unser Zutun einem bestimmten Kreise an, einer gesellschaftlichen Schicht, deren Angehörige durch gleichartige wirtschaftliche Interessen, gemeinsame Traditionen, gleiche Lebensführung und ähnliche Gesinnung zusammengehalten werden. Jeder ist in den Blutkreislauf dieser Gemeinschaft eingeschlossen. Ist er von ihr losgelöst, so bedeutet das in der Regel eine völlige Aenderung seiner körperlichen und geistigen Existenz. Die Gemeinschaft denkt für ihn, handelt für ihn, bestimmt seinen geistigen Habitus und formt sein Leben. Sie gibt seinem Denken Inhalt und Richtung, weit über das Gebiet des Sozialen und Staatlichen hinaus.*

Dieser Abhängigkeit von der sozialen Schicht, der wir entstammen,

sind sich die Angehörigen der bürgerlichen Klasse viel weniger bewußt als die Lohnarbeiter. Daraus ergibt sich die grundfalsche Einstellung des Bürgertums zu den sozialen Kämpfen. Weil der heutige Staat und die heutige Gesellschaft kapitalistisch-bürgerlichen Charakter haben, fühlt sich der Bürger, was immer er anstrebt und bekämpft, als Vertreter des Staates und des Allgemeininteresses. Er fühlt sich als Normalbürger und als das Maß aller Dinge. Und wer den bürgerlich-kapitalistischen Interessen und Anschauungen zuwiderhandelt, ist in seinen Augen der Staatsfeind, der die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft gefährdet. Es ist nur ein sehr bescheidenes Maß von Ehrlichkeit erforderlich, um zu der Einsicht zu gelangen, wie sinnlos und demagogisch die an die Arbeiterschaft gestellte Forderung ist, sie solle dem Klassenkampf »absagen«. Das Bürgertum ist in nicht geringerem Maße eine klassenkämpferische Partei als die Arbeiterschaft. Und wenn die Kampfmethoden hier und dort verschieden sind, so erklärt sich das nur daraus, daß das Bürgertum eine Position verteidigt, während die Arbeiterschaft sich in der viel schwierigeren Lage desjenigen befindet, der eine Position erobern muß.

Ist man ein Freund von Wortspielen, so kann man sagen: der Klassenkampf der Werktätigen ist der Kampf gegen den Klassenkampf. Die sozialen Bestrebungen der »ausgebeuteten Volksklassen«, das heißt derjenigen, deren wirtschaftliche und kulturelle Interessen unverträglich geworden sind mit der kapitalistischen Wirtschaft, können vernünftigerweise nur gerichtet sein auf eine Wirtschaftsordnung, in der die Leitung und Organisation der Wirtschaft nicht mehr Sache einer Klasse, sondern Aufgabe der Gesamtheit ist. Erst auf dem Boden einer neuen Wirtschaftsordnung wird uns das Göttergeschenk einer neuen Weltanschauung zuteil werden.

Vor hundert Jahren . . . .

Von Fritz Brügel.

Der Faschist, der heute die Karte Europas betrachtet, wird seinen Stolz nicht unterdrücken können: Italien mit seinen Vasallenstaaten Ungarn und Oesterreich, die Marschallsdiktatur Polen, Litauen, Lettland, Estland und die scheinbar mächtigste aller Diktaturen, Hitlers Deutschland, atmen mühsam unter dem Druck der Tyranneien, die der Kapitalismus ihnen auferlegt. Kein weltgeschichtliches Ereignis hat je noch mit solcher Schnelligkeit das Antlitz Europas gewandelt wie der Faschismus; seit jenem Marsch auf Rom ging die Entwicklung mit furchtbarer Schnelligkeit vor sich, gerade diese Schnelligkeit aber müßte den Stolz des Faschisten, der Europas Karte beschaut, dämpfen.

Der Sozialist, der vor der gleichen Karte, das Schicksal Europas besinnend, verweilt, sieht andere Dinge als der Faschist; er sieht die Mächtegruppierung innerhalb der faschistischen Staaten, er sieht die Kriegsgefahren, die Kriegsbereitschaft in allen Wetterwinkeln des